



## **Sicherheit und Entwicklung – ökonomische Effekte internationaler Einsätze in Konfliktregionen**

Zusammenfassung der Kernaussagen zum Workshop (16. und 17.10.08)

Mag. Markus Gauster, Projektleiter des FoProjektes Lfd.Nr. 18 „Aktueller Stand des Internationalen Krisenmanagements“

### **1. Grundannahmen:**

Die Abwesenheit von Staatlichkeit ist die Grundlage für das Entstehen von *Bürgerkriegsökonomien*. Dabei handelt es sich um Märkte, in denen durch die Anwendung von Gewalt die Produktion und der Verkauf von Gütern ermöglicht werden. Die fehlende Regulierung ermöglicht Schattenwirtschaften, die Transaktionskosten steigen, die Güter werden knapper und teurer. Die Wiederherstellung von Staatlichkeit verlangt demnach nach der Etablierung von Rechtsstaatlichkeit, der Fähigkeit Steuern einzuheben und einer funktionierenden Verwaltung. Rechtsstaatlichkeit (Polizei, Justiz, das Vertrauen der Bevölkerung in das staatliche Rechtssystem) ist dabei anfangs wichtiger als der Aufbau eines demokratischen Systems (Wahlen, Parlament).

Die Gefahr sich gegenseitig beeinträchtigender Ziele der Wiederherstellung der nationalen Sicherheit sowie der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit ist gegeben. Dichotomien wie physische Sicherheit vs. soziale und wirtschaftliche Sicherheit, Hilfe von außen vs. Souveränitätsverlust sowie Gewinnmaximierung vs. nachhaltige Entwicklung stehen sich gegenüber. Diese *Zielkonflikte* sind jedoch nicht unabwendbar. Die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Militär stellt sich problematisch dar, ist aber unabdingbar. Ein Mangel an zivilen wie militärischen Ressourcen im internationalen Krisenmanagement (IKM) ist dabei evident.

Aus der Annahme, dass wirtschaftliche Entwicklung aus einer Gesellschaft von innen heraus wachsen sollte, folgt die *Vernachlässigung der ökonomischen Dimension* im IKM. Der Fokus liegt einseitig auf dem Aufbau von Sicherheit und Institutionen. Externe Konfliktlösungsstrategien brauchen daher einen stärkeren und nachhaltigeren ökonomischen Plan.

## 2. Probleme des internationalen Krisenmanagements

Internationale Akteure sind in Krisengebieten als Arbeitgeber für lokale Arbeitskräfte nicht unproblematisch. Einerseits entziehen die Internationalen dem lokalen Arbeitsmarkt hoch qualifizierte Personen („Brain Drain“) und setzen sie oft unter ihrem Ausbildungsniveau ein. Andererseits ergibt sich aus den besseren Gehältern in internationalen Organisationen ein Gehaltsgefälle, das zur Schaffung von Parallelwelten und Förderung von Korruption beiträgt.

Die internationale Präsenz bewirkt oft unbeabsichtigte Effekte, wie ungleiche, auf Ballungsräume konzentrierte Verteilung der Hilfe und eine überhöhte Erwartungshaltung der lokalen Bevölkerung an das IKM. Clanstrukturen, Korruption und Vetternwirtschaft hängen eng zusammen und unterwandern internationale Akteure. Weiters gibt das internationale Personal sein Geld selten vor Ort aus. Gleichzeitig kann die in Teilbereichen gesteigerte Nachfrage durch internationale Anwesenheit lokale Preisanstiege zur Folge haben.

*Wenig Wissen* um die lokalen Bräuche und *Sprachbarrieren* sind ein Problem. Dazu kommen Schwierigkeiten, neues Wissen um die Konflikte und „Lessons Learned“ wieder in die Planungsprozesse zurückzuführen.

## 3. Erste Erkenntnisse/Empfehlungen aus dem Workshop

Nachhaltige Entwicklung sollte unter der Prämisse einer entwicklungsorientierten Gesamtperspektive gestaltet werden. Ein funktionierendes Fiskalsystem des Staates und der Aufbau von Sicherheitskräften haben oberste Priorität. Dazu sind Grundvoraussetzungen wie Rechtsstaatlichkeit und die Erfassung der Bevölkerung mittels Zensus unumgänglich.

Wirtschaftsaufbau kann nicht ohne Steigerung von Bildungsgrad und Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten bewerkstelligt werden. Außerdem können durch einen höheren Bildungsgrad der Bevölkerung Verbesserungen des Demokratieverständnisses erreicht werden.

Für die Internationalen muss das Wissen um die Krisenregionen, Marktmechanismen und Techniken des IKM besser aufbereitet und wieder umgesetzt werden. Die Zeitspanne zwischen humanitärer Nothilfe und dem Einsetzen der Wiederaufbauphase sollte möglichst kurz gehalten werden.

Anstatt direkter Budgethilfe raten deutsche und österreichische Experten zu einem Instrumentenmix. Die Mittelallokation erfolgt über nichtstaatliche, staatliche und

internationale Organisationen. Zusätzlich existieren kurzfristig verfügbare, flexible Budgets für Notfälle und Kleinstprojekte zur Stärkung der Eigenverantwortung.

Mittels des One-Stop-Shop-Prinzipes sollten bürokratische Prozesse und Kommunikationsvorgänge an einer Stelle zusammengefasst werden, um attraktivere Investitionsbedingungen in schwachen Staaten zu schaffen.

Dem neuen Staat muss bei der Schaffung und dem Betrieb von Basisinfrastruktur unter die Arme gegriffen werden. Synergieeffekte arbeitsintensiver Infrastruktur, wie Beschäftigung, Kaufkraftsteigerung und Wissenstransfer sind dabei zu nutzen. Weiters ist bei der Wahl der Ressourcen (Arbeitskraft, handelbare Güter) möglichst auf lokale Kräfte zurückzugreifen.

Das IKM sollte realistische Erwartungshaltungen (Expectation Management) vermitteln, da unerfüllte Hoffnungen allzu leicht den Boden für militante oppositionelle Kräfte bereiten können. Es muss für die Bevölkerung und den Staat vor Ort ersichtlich sein, dass das internationale Engagement nicht von Dauer ist. Andernfalls ist die Gefahr der Aushöhlung von originär-staatlichen Aufgabenbereichen durch das IKM gegeben.